



Fragen an die SpitzenkandidatInnen der Nationalratswahl 2017

Für die kommende Regierung gilt es zu zeigen, dass sich Österreich als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen stellt. Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind dabei bedeutende Gestaltungselemente einer aktiven und solidarischen Außenpolitik, denn sie tragen zu sozialer und politischer Stabilität und globaler Gerechtigkeit bei.

Als Dachverbände der österreichischen NGOs in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe haben die AG Globale Verantwortung und die KOO den SpitzenkandidatInnen von sechs Parteien einen Fragekatalog zugeschickt, um mehr über deren Standpunkte und Pläne für die kommende Legislaturperiode in diesen Politikfeldern erfahren.

Die eingelangten Antworten sind unten im Originaltext zu finden.

Teil 1 von 5:

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe:

Ohne die Einberechnung der Flüchtlingskosten im Inland stagniert die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) seit Jahren. Die Erhöhung der ADA um 15,5 Mio. Euro jährlich von 2017 bis 2021 ist zu gering, um sich dem international vereinbarten Ziel von 0,7% des Bruttonationaleinkommens anzunähern. Im Vergleich zu ähnlich reichen Ländern gehört Österreich sowohl bei der Entwicklungszusammenarbeit als auch bei der Humanitären Hilfe zu den Schlusslichtern.

- a) Wie werden Sie sich für die Erreichung des 0,7% Ziels einsetzen und wie hoch sollte die ODA-Quote nach Ende der nächsten Legislaturperiode sein?**

SPÖ:

Wichtiger als das 0,7%-Ziel ist eine Stärkung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit: Auch wenn die österreichischen Beiträge zu Entwicklung auf dem Papier zuletzt von 0,35 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) auf 0,41% gestiegen sind, so war dies insbesondere auf angerechnete Kosten aus der Flüchtlingsbetreuung zurückzuführen und wird daher auch wieder sinken.

Die SPÖ wird sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die gestaltbare EZA durch einen gesetzlich verankerten und politisch akkordierten Stufenplan jährlich angehoben werden. Wir wissen ja, dass gemäß den Vorhaben des DAC der OECD ein Großteil der ODA erst im

Nachhinein angerechnet wird, etwa Studienplatzkosten für Studierende oder die Flüchtlingsbetreuungskosten im ersten Jahr und daher nicht wirklich planbar ist. Rein rechnerisch sollten wir am Ende der nächsten Regierungsperiode etwa auf 0,55% des BNE für die ODA liegen, wobei ein großer gestaltbarer Anteil das vorrangige Ziel sein muss.

In Entwicklungszusammenarbeit investiertes Geld ist sinnvoll in die Zukunft investiert. Wir wollen das EZA-Budget stufenweise bis spätestens 2030 auf 0,7 % des BNE anheben und dies gesetzlich verankern, wie dies etwa Großbritannien getan hat.

ÖVP:

Entwicklungszusammenarbeit ist unsere zentrale Aufgabe, um Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu geben –wir bekennen uns dazu, die Mittel dazu weiter auszubauen. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges geschehen (AKF-Vervierfachung und Beschluss zur ADA Mittel-Erhöhung). Insgesamt wollen wir weiterhin die gesamten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens erhöhen.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die Grünen haben sich seit langem dafür eingesetzt und treten bis heute dafür ein, dass endlich ein Stufenplan zur Erreichung des 0,7 % Zieles bis 2020 gesetzlich verankert wird.

Die ODA Quote soll nach Ende der nächsten Legislaturperiode jedenfalls bereits bei 0,7 % liegen. Deutschland hat ja dieses Jahr bereits 0,7 % erreicht. Allerdings muss man/frau dazusagen, dass die Flüchtlingsinlandskosten hier miteinberechnet waren. Wir treten entschieden dagegen ein, dass dieses Schönmalen der ODA-Quote ein Ende hat. Die österreichische ODA Quote darf keine Flüchtlingsinlandskosten beinhalten.

NEOS:

Der Stufenplan, der erstellt wurde, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen muss gesetzlich verankert werden und an klare Maßnahmen und realistische Zwischenziele gebunden werden. Etwa 0,5 bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Die OECD hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Regelung, dass Flüchtlingskosten im Inland einberechnet werden dürfen, zu evaluieren. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Es braucht endlich den von der Regierung lange versprochenen Stufenplan zur Erreichung des 0,7% Ziels. Wenn es nach der Liste Pilz geht, dann sollten wir das Ziel schon am Ende der nächsten Legislaturperiode erreicht haben.

b) Werden Sie sich für eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds einsetzen und wenn ja, wie hoch sollten die jährlichen Ausgaben für Humanitäre Hilfe am Ende der nächsten Legislaturperiode sein?

SPÖ:

Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde der Auslandskatastrophenfonds 2015 von fünf auf 20 Millionen Euro erhöht. Die Hauptlast der aktuellen Flüchtlingsbewegungen wird vor allem von den direkten Nachbarländern der Krisenstaaten getragen. Wir müssen diese Staaten unterstützen, damit die Staatlichkeit vor Ort gestärkt und Flüchtlinge ausreichend versorgt werden. Die Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds ist daher nicht nur ein Akt internationaler Solidarität, sondern ein direkter Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit. Deshalb ist eine weitere Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds sinnvoll und vorstellbar.

Zudem ist anzudenken, einen Teil des Budgets für unsere Schwerpunktländer in der EZA zu reservieren, die immer wieder mit Krisen konfrontiert sind. Man denke etwa an die wiederkehrenden Hungersnöte in Äthiopien und die hohe Anzahl an zu versorgenden Flüchtlingen in Uganda.

ÖVP:

Neben EZA ist die Humanitäre Hilfe in den letzten Jahren deutlich wichtiger geworden, weil akute Notsituationen zunehmen, sei es aufgrund kriegerischer Konflikte, Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel oder Hungerkrisen. Deshalb fordern wir, die Mittel des Auslandskatastrophenfonds von derzeit 20 Mio. Euro pro Jahr auf jährlich 60 Mio. Euro zu verdreifachen.

FPÖ:

Österreich hat bisher einen großen Beitrag im In- und Ausland geleistet. Die hohen Flüchtlingskosten von heute rund 2 Milliarden Euro dürfen in diesem Zusammenhang sicher nicht außer Acht gelassen werden.

Die Grünen:

Die langjährige Forderung der Grünen nach einer Erhöhung des AKF hat erfreulicherweise stattgefunden. Die Erhöhung ist jedoch im internationalen Vergleich sowie europäischen noch immer sehr niedrig. Österreichs Humanitäre Hilfe müsste jetzt mindestens das Doppelte vom bisherigen Beitrag Österreichs betragen, entsprechend Österreichs Wirtschaftskraft kann Österreich hier viel mehr leisten. Die jährlichen Ausgaben für Humanitäre Hilfe am Ende der nächsten Legislaturperiode sollte dann mindestens das Dreifache des jetzigen Betrages ausmachen.

NEOS:

Eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds ist zu begrüßen. Selbst wenn man EZA allgemein revolutioniert und kritisch betrachtet, muss immer ein Topf für Katastrophenhilfe zur Verfügung stehen. Wie hoch die Ausgaben dafür genau sein sollen, muss man sich anschauen und hängt unseres Erachtens auch damit zusammen wieviel wir für multilaterale EZA budgetieren.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Ja, wir werden uns für die Aufstockung des AKF stark machen. In der nächsten Legislaturperiode sollte er von 20 auf 40 Millionen Euro verdoppelt werden.

c) Wo sehen Sie – abseits der Finanzierung – Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe?**SPÖ:**

Entwicklungszusammenarbeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – gerade wenn wir die global relevanten Bereiche der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO konsequent umsetzen wollen. Die EZA ist so wichtig, dass sie wieder zurück ins Bundeskanzleramt kommen soll, wo sie schon einmal war. Eine neue, kohärente entwicklungspolitische Gesamtstrategie der Bundesregierung soll sicherstellen, dass EZA wirklich dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und eine entsprechende Steuerung erfährt. Dazu soll auch die Bewertung der Schwerpunktländer überarbeitet werden. Die Aufstockung des EZA-Budgets ist zwar notwendig, doch Geld alleine ist zu wenig, um Ungleichheit auf der Welt zu bekämpfen. Zu groß sind beispielsweise die Effekte von Handelsabkommen auf die Entwicklungschancen. Wir wollen daher die österreichische Exportförderung daraufhin überprüfen, ob sie menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Standards genügt. Gleiches erwarten wir von der Europäischen Union.

Die humanitäre Hilfe soll stärker mit der Entwicklungspolitik verzahnt werden. Besonders im Aufbau von Resilienz vor großen Katastrophen kann viel an Prävention geleistet werden. Dies rettet zahlreiche Menschenleben im Falle von Katastrophen, seien sie von der Natur oder vom Menschen gemacht.

In die Planung von Maßnahmen sowohl der EZA als auch der humanitären Hilfe sind von Anfang an die Interessen und Bedürfnisse von sowohl Menschen mit Behinderung, Frauen als auch Kindern und Jugendlichen einzubeziehen.

ÖVP:

Insbesondere die Humanitäre Hilfe wird vor dem Hintergrund einer spürbaren Häufung an akuten Notsituationen wichtiger, darauf wollen wir in den kommenden Jahren mehr Gewicht legen, auch abseits des budgetären Bereichs. Es gilt, die Schnittstelle zwischen Humanitärer Hilfe und EZA stärker zu entwickeln. Hier liegt viel Potential, um auch über die Nutzung von Synergien notleidenden Menschen besser helfen zu können.

FPÖ:

Neben den schon erwähnten Punkten sollte unseres Erachtens die bilaterale Entwicklungshilfe auf maximal zwei Staaten konzentriert werden, um den – derzeit unverantwortbar hohen – Bürokratieanteil zu senken, die Ineffizienz verschiedenster Kleinprojekte in mehr als zehn Staaten zu beenden und in den Empfängerstaaten wirklich "bewegen" zu können. Es wäre weiters sinnvoll, mehr in das World Food Programm in Länder, die gerade besonders von der Migration betroffen sind – wie z.B. Uganda – zu investieren.

Die Grünen:

Es fehlt eine kohärente, entwicklungspolitische Strategie des Bundes. Diese Strategie muss zur Grundlage haben, nicht die Wirtschaft sondern den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Sie muss ressortübergreifend und verbindlich sein.

Langfristige Planung und keine 2-3 Jahrespläne sind notwendig, um eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können.

NEOS:

Schaffung eines Staatssekretariats für Entwicklungszusammenarbeit innerhalb des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, um eine klare Zuständigkeit und Verantwortlichkeit auf Regierungsebene zu schaffen und ressortübergreifende Koordinierungs- und Umsetzungskompetenzen zu schaffen.

Bündelung des bisher aufgesplitterten EZA-Budgets (Official Development Assistance-Mittel) innerhalb des Staatssekretariats, sowie organisatorische Eingliederung der ADA und der österreichischen Entwicklungsbank AG.

Einrichtung eines ständigen parlamentarischen Ausschusses für EZA und jährliche Berichterstattung im Nationalratsplenum

Gesetzliche Verankerung des Stufenplans zur Aufstockung der EZA-Mittel zur Erreichung des 0,7% der Vereinten Nationen, Formulierung von Maßnahmen, Zwischenzielen innerhalb des Stufenplans.

Entbürokratisierung und Transparenz Zeitgerechte und detaillierte Veröffentlichung von finanziellen EZA Leistungen basieren auf dem International Aid Transparency Standard (IATI) insbesondere auch von zukunftsorientierten Daten, Veröffentlichung von Maßstäben und Ergebnissen bei der Effizienzbewertung der eingesetzten EZA-Mittel

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Den größten Verbesserungsbedarf sehe ich bei der von Ihnen angesprochenen Politikkohärenz.

d) Welchen Stellenwert soll die langfristige Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Meinung nach haben?

SPÖ:

Wegen der hohen Relevanz soll die Entwicklungspolitik ins Bundeskanzleramt wandern. Dort soll sie auf einer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie der Bundesregierung fußen, die mit allen wichtigen AkteurInnen erarbeitet worden ist und die auch andere internationale Verpflichtungen wie das Klimaabkommen, die SDGs oder das Abkommen von Addis Abeba über die Entwicklungsfinanzierung berücksichtigt. Aufgrund des Kohärenzgebotes ist darüber hinaus eine akkordierte Aktion zur Sinnesschärfung für alle relevanten staatlichen AkteurInnen – begonnen bei den Gemeinden und Bundesländern bis hin zu Parlament und Rechnungshof – von einer großen Dringlichkeit, um Entwicklungspolitik in all den verschiedenen wichtigen Politikfeldern entsprechend im Zentrum des strategischen Denkens und Handelns zu haben.

ÖVP:

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass EZA für uns einen enorm hohen Stellenwert hat und dass wir selbst am meisten davon profitieren, wenn in anderen Teilen der Welt politische und wirtschaftliche Stabilität herrscht. Unser Engagement in der EZA ist ein wesentlicher Ausdruck unseres christlich-humanistischen Menschenbildes. Ziel ist es, mit Investitionen dabei zu helfen, Frieden und Sicherheit in immer mehr Weltregionen sicherzustellen. Indem wir beispielsweise unsere Partnerländer dabei unterstützen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, können auch Unternehmen aus Österreich wichtiges Know-how und Kapital zur Verfügung stellen und gleichzeitig selbst durch neue Geschäftsbeziehungen davon profitieren.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die langfristige Entwicklungszusammenarbeit ist das Um und Auf, um nachhaltig agieren zu können. Die 2030 Ziele können nur so erreicht werden. Daher hat sie einen sehr hohen Stellenwert. Österreich hat hier noch großen Nachholbedarf.

NEOS:

Die EZA braucht langfristigere Planung als das 3-Jahres-Programm, die sich an den im EZA-Gesetz erklärten Zielen von EZA orientiert und nicht an innenpolitischen Machtkämpfen. Es braucht einen ständigen parlamentarischen Ausschuss (nicht nur einen Unterausschuss, der zweimal im Jahr tagt), der sich tatsächlich mit Strategien und Trends der EZA auseinandersetzt und nicht nur mit der Frage der Geldverteilung. Es braucht eine_n EZA-Staatssekretär_in, um das Thema auf Regierungsebene aufzuwerten und einen gemeinsamen Budgetplan aller an der EZA beteiligten Ministerien für dieses Thema. Staatliche Organisationen, die sich mit EZA beschäftigen, gehören entpolitisiert und von einer Belohnungsposten-Vergabestelle in echte Bundesorganisationen umgewandelt, die so

stark sein müssen, dass sie nicht von Wahlkämpfen aus der Bahn geworfen werden können. Die Diplomatische Akademie sollte einen ständigen Lehrstuhl für das Thema bekommen und das EZA-Préalable im BMEIA sollte wieder eingeführt werden. EZA ist kein „Soft Topic“ für Hinterbänkler, die wenig zu tun haben, sondern eine hochkomplexe Angelegenheit, die Experten und ständiger Aufmerksamkeit bedarf.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Einen sehr hohen. Die Bekämpfung von Armut und Hunger und die Herstellung einer sicheren und friedlichen Umgebung für alle Menschen sind Ziele, welche nur langfristig erreicht werden können.

e) Wie würden Sie diese Punkte im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

siehe oben

ÖVP:

[keine Angabe bzw. siehe oben]

FPÖ:

Auf lange Sicht sollte die österreichische Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe gesehen und auch so ausgerichtet werden.

Die Grünen:

als Punkte im Bereich Außenpolitik und EZA/humanitäre Hilfe mit konkreten Zahlen, die bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode erfüllt werden sollen.

NEOS:

In A-D hinreichend erklärt.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]